



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Universitätsbibliothek Paderborn**

## **Forschungsbericht**

**Universität Paderborn**

**Paderborn, 1979/81(1982) - 1990/92(1993)**

Ausgangssituation und Struktur

**urn:nbn:de:hbz:466:1-29485**

## Ausgangssituation und Struktur

Die Struktur der 1972 auf der Basis von Vorgängereinrichtungen in Paderborn, Höxter, Soest und Meschede gegründeten Universität - Gesamthochschule - Paderborn mit ihren Charakteristika "Integrierte Forschung und Lehre" - "Abteilungsgliederung" - "Regionalbezug" und ihren Schwerpunkten in den Ingenieur-, Natur-, Wirtschafts- und Gesellschafts-/Geisteswissenschaften ist in der Einleitung zum Forschungsbericht 1977 - 1978 kurz beschrieben worden. Dort war festzustellen, daß die Aufbauphase in allen Bereichen mit Ausnahme der Ingenieurwissenschaften im wesentlichen abgeschlossen werden konnte. Inzwischen ist auch für diese der Aufbau fortgesetzt, aber noch nicht zuendegeführt worden. In den zentralen Fächern des Maschinenbaus und der Elektrotechnik konnten qualifizierte Fachvertreter berufen werden, doch fehlt noch ein Teil der im Struktur- und Entwicklungsplan der Hochschule ausgewiesenen Stellen für wissenschaftliches und technisches Folgepersonal. Dies und die parallel zur Finanzlage des Landes schwieriger gewordene Ausstattung mit den notwendigen Ersteinrichtungsmitteln in einigen Bereichen hat zu Defiziten geführt, die sich in den Berichten der einzelnen Fächergruppen deutlich widerspiegeln: neben außerordentlich leistungsstarken Gruppen gibt es noch andere, die erst in Ansätzen auf eigene Forschungsergebnisse verweisen können. Beachtung verdient dabei der Umstand, daß wegen der von Anfang an starken, seit 1981 gerade in den Ingenieurwissenschaften überproportional steigenden Auslastung der jungen Hochschule - im September 1982 wurde die Zahl von 10.000 Studenten (bei einer Studienplatzzielzahl von 6.950 für den Zeitpunkt des Endausbaus) überschritten - die Etablierung von Forschungseinrichtungen regelmäßig unter dem Vorzeichen einer vollen Lehrbelastung von der ersten Stunde an gestanden hat.

Neben Verzögerungen beim personellen Ausbau hat sich auch die Integration der verschiedenen Professorengruppen, auf die bei der Gründung der nordrhein-westfälischen Gesamthochschulen auch im Bereich der Forschung besondere Erwartungen gerichtet waren, als ein nur langfristig und nur mit Modifikationen realisierbarer Prozeß erwiesen. Zu den Hindernissen bei dem Versuch, die in der Forschung ausgewiesenen neuberufenen Professoren und das durch besondere Praxis- und Ausbildungserfahrung qualifizierte Lehrpersonal der ehemaligen Fachhochschulen in gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zusammenzuführen, zählt die höhere Lehrbelastung und der Mangel an wissenschaftlichen Mitarbeitern für diese zweite Gruppe. Die Einrichtung integrierter Arbeitsgruppen, denen eigene Mitarbeiter und in bescheidenem Umfang Sondermittel zur Verfügung gestellt werden konnten, hat hier verbessernd, aber nicht grundlegend verändernd gewirkt.

Dies bedeutet nicht, daß die aus den Vorgängereinrichtungen übernommenen Hochschullehrer nicht auch Entwicklungsaufgaben wahrgenommen hätten. Unterstützt durch die verbesserte Infrastruktur hat sich eine intensive Kooperation mit Klein- und Mittelbetrieben bei der Anwendung neuer Forschungsergebnisse und -methoden entwickelt, die unter dem aktuellen Aspekt des Technologie-Transfers und im Hinblick auf die regionalpolitischen Aufgaben der Hochschule weiter an Bedeutung gewinnen wird. Im Technologie-Beratungsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen, das bisher im wesentlichen von den ehemaligen Fachhochschullehrern getragen wird, liegt Paderborn mit 44, 82 und 101 Beratungen in den Jahren 1979, 1980 und 1981 deutlich an der Spitze. Für den weiteren Ausbau der Kooperation mit der regionalen wie auch der überregionalen Industrie bieten die Strukturen der Gesamthochschule günstige Voraussetzungen. Konkrete Schritte sind mit der Besetzung der Stelle eines für verbesserte Kontakte zu Forschungsförderern und der regionalen Wirtschaft und Industrie verantwortlichen Forschungsreferenten, der Beteiligung der Hochschule an der Hannover-Messe und der Veröffentlichung eines Leistungsverzeichnisses unternommen worden.

Angesichts der Finanzlage der öffentlichen Hand wächst die Bedeutung der für die Ingenieurwissenschaften seit je selbstverständlichen Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Forschungsförderern. Dies läßt sich an der Relation des Ausbaustandes der einzelnen Arbeitsgruppen in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern und der von ihnen eingeworbenen Drittmittel und Industrieaufträge unmittelbar ablesen. Ungeachtet der notwendigen Unterstützung dort, wo die Grundausrüstung noch nicht ausreicht, hat die Hochschule deshalb begonnen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Empfänger von Drittmitteln besonders zu fördern. Als Instrument dafür bietet sich die hochschulinterne Forschungsreserve aus Sach- und Personalmitteln an, wie sie in Paderborn seit Gründung der Gesamthochschule besteht und zwischenzeitlich vom Minister für Wissenschaft und Forschung durch eine eigene Titelgruppe landesweit eingeführt worden war. Bedauerlicherweise mußten dann freilich eben diese Mittel als erste dazu herhalten, der verschlechterten Haushaltslage des Landes aufzuhelfen.

Abschließend soll hervorgehoben werden, daß die Motivation einer Hochschule und ihrer Mitglieder, die inhaltliche und materielle Unterstützung Dritter für ihre Forschungs- und Entwicklungstätigkeit zu gewinnen, nicht unerheblich auch durch administrative Vorgaben beeinflußt wird. Wo zu befürchten ist, daß der für ein Drittmittelprojekt verantwortliche Forscher in seinen Dispositionsmöglichkeiten durch Zwänge der Haushaltsordnung behindert wird, oder Vorschriften des Nebentätigkeitsrechts ein Entwicklungsvorhaben mit unangemessenem bürokratischem Aufwand belegen, besteht die Gefahr, daß solche Vorhaben entweder gar nicht oder an der Hochschule vorbei durchgeführt werden. Entscheidungsfreiheit des für ein Projekt Verantwortlichen und Flexibilität bei der administrativen Abwicklung, die unterstützen und nicht reglementieren soll, sind unerläßliche Voraussetzungen für die Kooperation mit außeruniversitären Partnern. Jüngere Äußerungen aus dem Ministerium lassen den Schluß zu, daß die Bedeutung dieses Aspekts der Forschungsförderung gesehen wird.